



<b>ERGÄNZUNGSANTRAG</b>	Vorlage Nr.:	<b>2020/0645</b>
KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion		
<b>Kulturveranstaltungen ermöglichen</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>26.05.2020</b>	<b>12.7</b>	<b>x</b>	

1. Einrichtung eines Notlagenfonds zur Rettung der freien Kultureinrichtungen in Höhe von 5 Mio. EUR.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Kultureinrichtungen müssen zeitnah und massiv unterstützt werden, um Insolvenzen zu vermeiden. Denn in der freien Kulturszene stehen viele Einrichtungen kurz vor dem endgültigen Aus. Finanzielle Polster sind aufgebraucht oder nicht vorhanden, Soforthilfen greifen nicht mehr und es gibt kaum oder keine Perspektive für eine Rückkehr in die Wirtschaftlichkeit. Dass alle Fixkosten über den Zeitraum der Schließung der Kultureinrichtungen übernommen werden, kann zunächst ein erster, selbstverständlicher aber letztendlich nicht ausreichender Schritt sein.

Das kulturelle Leben einer Stadt ist unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Die Menschen brauchen dringend wieder Kulturveranstaltungen! Kultur ist systemrelevant. Kulturelle Veranstaltungen tragen zur Bildung und Aufklärung bei, zeigen neue Denk- und Sichtweisen auf, ermöglichen Begegnung und Reflexion.

Den immer abstruseren Argumenten und Verschwörungstheorien, die es gerade im Bereich „Corona“ gibt, kann mit einem entsprechenden kulturellen Angebot entgegengewirkt werden. Die freien Kulturträger sind dazu bereit, diesen, ihren eigenen gesellschaftlichen Auftrag, zu erfüllen. Es gibt zahlreiche Ideen und Planungen zu entsprechenden Veranstaltungen.

Diese Veranstaltungen werden jetzt und in absehbarer Zukunft in den seltensten Fällen wirtschaftlich durchgeführt werden können. Dafür ist Unterstützung dringend notwendig.

Nicht zuletzt ist die Kulturszene auch in Karlsruhe ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Unzählige Menschen verdienen hier ihren Lebensunterhalt. Die bunte Kulturlandschaft ist zudem ein starker Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und Anwerbung von Fachkräften. Karlsruhe kann es sich nicht leisten und sollte keinesfalls riskieren, die vielen erfolgreichen und unverschuldet in die Krise geratenen Einrichtungen zu verlieren.

Unterzeichnet von:  
Lüppo Cramer  
Michael Haug  
Max Braun  
Rebecca Ansin